

Presseinformation

19. Februar 2008

2007 führte der Verein Pro Konsument 22.500 Beratungen durch Schabl: Für NiederösterreicherInnen ein enormer Mehrwert

„Der Verein Pro Konsument hat für die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher einen enormen Mehrwert“, sagte heute, Dienstag, 19. Februar, Landesrat Emil Schabl bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in St. Pölten mit AKNÖ-Präsident Josef Staudinger und Mag. Helmut Guth, Geschäftsführer des Vereins Pro Konsument. Im Anschluss an die Pressekonferenz unterzeichnete Schabl mit Staudinger und Guth einen Vertrag, demnach 2008 aus Landesmitteln wiederum 100.000 Euro bezahlt werden, um auch Nichtmitglieder der AKNÖ in strittigen Konsumentenschutz-Angelegenheiten bestens beraten zu können.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Land und der AKNÖ wurde in den letzten sechs Jahren zur Erfolgsgeschichte: Seither wurden 85.500 NiederösterreicherInnen beraten. Allein 2007 wurden 22.500 Beratungen durchgeführt, die Erfolgsquote der 1.295 schriftlichen Interventionen liegt bei mehr als 70 Prozent. AKNÖ-Nichtmitglieder erhalten über den Verein Pro Konsument unentgeltlich eine telefonische Beratung oder persönliche Ratschläge, eine schriftliche Intervention gegenüber dem betroffenen Verhandlungsgegner sowie Informationsmaterial. Auch die bisherigen 16 Konsumenten-Stammtische mit dem zuständigen Landesrat gehören hierher. Zudem werde man in den nächsten Monaten die Frage der Preisentwicklung verschiedenster Produkte in den Mittelpunkt der Recherchen rücken, so Guth.

Für die AKNÖ-Mitglieder wiederum hätten die KonsumentenberaterInnen, so Staudinger, im Vorjahr 1.197.712,05 Euro erkämpft. 81.240 Euro seien über die Gerichtshilfe erreicht worden. 79.117 KonsumentInnen seien telefonisch beraten worden; in 8.275 Fällen sei ein persönliches Gespräch notwendig geworden, um eine Lösung zu finden. Die Arbeit der BeraterInnen werde also immer wichtiger, das bewiesen auch 92.498 Anfragen, die im Jahr 2007 an die AKNÖ-Konsumentenberatung gerichtet wurden. Als Schwerpunkte im abgelaufenen Jahr nannte er Probleme beim Bau, den Schutz bei Insolvenzen im Baugewerbe, die Nachberechnung der Kreditzinsen und - das Internet: „Derzeit gibt es im Internet viele Rücktrittsrechte mit unterschiedlichen Fristen. Dies bewirkt Rechtsunsicherheit; wir fordern daher die Vereinheitlichung der Rücktrittsrechte



Presseinformation

auf 14 Tage", erklärte der AKNÖ-Präsident.